

# Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Gründet 1878

Verleger: J. B. Metzger

Bestellpreis: 12 Pf. wöchentlich  
Abonnement: 12 Pf. wöchentlich

Telegraphische Anstalt  
Nagold

Telegraphische Anstalt  
Nagold

Wann an jedem Sonn-  
tag  
Wann an jedem Sonn-  
tag  
Wann an jedem Sonn-  
tag

152

Samstag den 3. Juli 1920

94. Jahrgang

## Politische Wochenschau.

Die neue württembergische Regierung ist dem Staatspräsidenten Dr. Hieber, der sie zu bilden berufen war, wie es scheint, gut gelungen. Die Sozialdemokraten Drogmann und Leiper als Minister des Innern und Arbeitsminister sind ausgeschieden. Neu hinzugekommen ist für das vereinnahmte Erbschafts- und Arbeitsministerium Dr. Schall, der zwar bisher parteipolitisch nicht hervortrat und sich nur als sehr schlichter und ebenso fleißiger, in allen Sätzen geheimer Jurist einen Namen gemacht hat, im übrigen aber zur Deutschen demokratischen Partei gezählt wird. Liebig ist Finanzminister geblieben, Holz Justizminister, wobei letzterer die ständige Vertretung des Staatspräsidenten bekleidet hat. Graf hat das Erziehungsministerium mit dem des Innern vertauscht. Die noch kleine Fraktion der Deutschen Volkspartei hat keinen Minister gestellt, geht aber der Koalition an, auf die sich nunmehr die württembergische Regierung stützt, nämlich Zentrum, Deutsche demokratische Partei und Deutsche Volkspartei. Die Mehrheitssozialdemokraten nehmen zunächst eine wohlwollende Haltung ein. Dasselbe Bild, in dem sich unsere Ausführungen von 8 Tagen befanden, auch von den vereinigten Fraktionen des Bauernbundes und der Bürgerpartei. Unentwegt in der Opposition bleiben die Unabhängigen. Wie lange die Mehrheitssozialdemokraten ihr fernbleiben, ist unersprechbar, obwohl am guten Willen der Führer, insbesondere Wilhelm Reiss, nicht zu zweifeln ist. Jauchwitz verläßt die neue Koalition nur über 42 von 101 Sitzen im Landtag. Sie bleibt demnach zur Erzielung einer Stimmenmehrheit immer auf die Unterstützung von links oder rechts angewiesen. Wenn sich sonach die Ränker der neuen Regierung auch wohl sehen lassen können, wenn man ihnen auch persönliches Vertrauen entgegenbringen kann und — bei sonst grundsätzlich anders gerichteter Anschauung — zum mindesten ihre Taten abwarten muß, bevor man ein Urteil fällt, so ist doch nicht zu übersehen, daß die neue Regierung ziffernmäßig auf sehr schwachen Füßen steht und, rein parlamentarisch betrachtet, nicht ein Mehrheitskabinett, sondern ein Geschäftsministerium darstellt, dem heute noch niemand eine lange Lebensdauer prophezeit kann.

Die Schwierigkeiten der württ. Regierung sind riesig groß. Die Lebensmittelfrage hat die Geister bis tief in die Kreise des sonst ruhigen Bürgertums hinein stark erregt. Die Klassengegensätze sind schroffer geworden als je, nicht nur in den Städten selbst, sondern auch zwischen Stadt und Land. Die Brotverfügung ist schlecht. An Fleisch herrscht schrecklicher Mangel bei ungeheurer Teuerung. Der Kampf um die Milchpreise geht an vielen Orten weiter. Die Regierung hat sich mit Rücksicht auf die Erzeugungskosten genötigt gesehen, an der Erhöhung um 60% festzuhalten, aber der Appell an das Billigkeitsgefühl unserer Landwirte ist nicht ungehört verhallt. Auch wir haben an dieser Stelle die Forderungen zur Rücksichtnahme auf die Kranken und Kinder angeregt. Aufschrei über den unheimlichen Anstieg der Lebensmittelpreise, die ihrer Christenpflicht eingedenk blieben und den eigenen Augen hinter die Gebote der Nächstenliebe zurücktritten. Es berührt ungemein wohlwollend, daß in dieser vom schändlichsten Materialismus erfüllten Zeit zahlreiche Bezirke des Landes in freier Aussprache der politischen und wirtschaftlichen Gruppen scheidlich und friedlich zu einer Einigung gelangt sind, die die größtmögliche Milderung der Lebensmittelverteilung bewirkt. Wenn wir in allen Werten unserer Zeit, in allen Schichten des Volkes so denken und handeln wollten, wahrlich, wir können um einen guten Schritt weiter auf dem Wege des Wiederaufbaus und der Befriedigung!

Am 7. Juli tritt der Landtag wieder zusammen. Es wird zunächst einmal eine große politische Aussprache anberaumt. Wir dürfen hoffen, daß sie unter der Leitung des durch seinen vielfachen Richterberuf dafür ungemein befähigten Präsidenten Walter und bei der erforderlichen Selbstbeschränkung der Parteien nicht zu einer Verleumdung, sondern zu einer Milderung der Gegensätze führen wird. Es sind ja zumeist gemeinsame Sorgen, die wir eine schwarze Wolke flüsternd über dem Streik der politischen Tagesmeinungen dängen: wie sollen wir uns ernähren und kleiden; wie sollen wir die Brennstoffversorgung im kommenden Winter durchführen; wie den Arbeitswilligen bei dem immer härteren Rückschlag der wirtschaftlichen Konjunktur Arbeit und ausreichenden Lohn schaffen? Wie uns der Rote von Arbeitsunlustigen erwehren, die überall dabei sind, was schon geschafft, aber noch nicht gespart ist, jener kaum mehr zu bändigenden Schicht von Menschen, deren ganze politische Weisheit darin besteht, daß man teilen müsse, oder, wo das nicht geht, bestehlen und rauben? Wie sollen wir ferner die Steuerlast tragen, ohne die Erträge der Besteueren zu verfehlen; wobei die Mittel nehmen zu. — ungeheure Verrentierung der Staatsverwaltung und für die immer noch mehr anschwellende Heer der Staatsbeamten und vom Staate kostbare Bediensteten? Da gilt es, den alten Boden der Parteien nach kurzer grundsätzlicher Wahrung des eigenen Programms für einige Zeit zu begraben und sich wie gute Nachbarn und treue Staatsbürger bei Feuer- und Wasserretter zusammen zu finden, um gemeinsam zu tödlichen und abzumähen und sich so vor Schaden oder Vernichtung zu bewahren.

Auch das Reichskabinett ist jetzt glücklich bekommen. Es ist dem Reichstanzler Fehrenbach trotz seiner großen persönlichen Beliebtheit und seiner in Jahresraten erprobten parlamentarischen Fähigkeit recht lauer geworden, sein Ministerium zusammen zu bringen. Obwohl er über wesentliche grundsätzliche Mehrheitsverhältnisse der Koalition verfügt als Dr. Hieber in Württemberg, hat er rund 5 Wochen gebraucht, den Egoismus des Parteikabinetts, das immer zuerst sein eigenes Süppchen lochen will, zu überwinden. Ein schlechtes Zeichen! Und doch sind die Räte des Reiches noch weit ärger als die unseres Landes. Nicht weniger als 265 Milliarden Schulden hat das Reich. Vor dem Kriege waren es 5 Milliarden, vor der Revolution 165. Wie soll da der Bankrott vermieden werden, bei einem Papiergeldumlauf von mehr als 50 Milliarden? Eine schwere Gefahr droht in der neuen Bestimmung des Lohnabzugs, den sich niemand gefallen lassen will. Die Lebensmittelumruhen in Norddeutschland sind noch weit schlimmer als bei uns. Ueberall erhebt das Gespinnst des Bolschewismus und der Anarchie drohend sein Haupt. Und unter solchen Vorzeichen müssen wir demnächst zur Wahl des Reichspräsidenten schreiten. Da wäre es wahrhaftig klüger, nun nicht wieder zuerst zu fragen, welcher Partei der Kandidat gehört, sondern welcher der Klügste ist, der Befähigste, der Zuverlässigste, kurz der Beste. Man spricht vom Grafen Bismarck. Und da heißt es gleich wieder: Ein Graf! Ein Konservativer! Wir wollen niemand seine Meinung vorschreiben; doch könnte jeder wissen, wer der „Graf im Parte“ ist. Nicht weniger als ein Parteilanger, nicht weniger als abessstolz und jüngerlich gekleidet, wohl aber ein Mann von höchster politischer Reife, von den besten Charaktereigenschaften, ein glänzender Redner und eine Persönlichkeit, in deren Händen die Fäden des Reiches gut aufgehoben wären. Man nenne uns einen besseren, und wir wollen ihm die Stimme geben; denn der Beste ist gerade gut genug für dieses Amt.

Eine ganz kurze Spanne Frist trennt uns noch von der Konferenz von Spa, und was wir von dort hören, läßt das Schlimmste befürchten. Die Entlassungsanträge, mit denen uns die Entente in dieser Woche bedachte, sind ganz französisches Geistes. Deutschland muß darnieder gehalten werden. Wenn wir die Weltlage betrachten, unter eigenes Schicksal auf der Welt unter diesem Gesichtspunkte prüfen, dann bleibt uns nur die eine Erkenntnis, daß wir endlich aufhören müssen, uns im Inneren zu zerfleischen, und eine gemeinsame Front zu bilden, damit wir wenigstens das Leben des Reiches und das Leben jedes einzelnen Deutschen vor dem Untergang bewahren.

## Zweite Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats

von Donnerstag, den 1. Juli, vormittags 11 Uhr.  
Präsident Ober v. Braun eröffnet die Sitzung nach 11 1/2 Uhr. Der Saal ist vollbesetzt. Auf der Tagesordnung steht der von allen Gruppen unterstützte Antrag Wiffel: Die anbahnende Schließung von Betrieben bewirkt die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche u. soziale Schädigungen zu schwerer Art, daß dringend Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind. Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der wirtschaftspolitische Ausschuss wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschäftigung zu unterbreiten. — Reichsminister A. D. Wiffel: Der Antrag ist von allen Gruppen, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und allen Einzelrichtungen unterstützt. Es genügt nicht, den Arbeitslosen nur eine Unterstützung zu geben. Es gilt, ihnen Freude an der Arbeit zu bereiten und eine produktive Erwerbslosenfürsorge zu schaffen. Ich schlage vor, meinen Antrag nicht nur dem wirtschaftspolitischen Ausschuss, sondern beiden Ausschüssen zur gemeinsamen Beratung zu überweisen, die eine innere Kommission mit den Vorarbeiten betrauen mögen. So können wir die Mittel erkennen, um aus der unhaltbaren Lage herauszukommen. Ich bitte, ohne eingehende Beratung dem Antrag zuzustimmen. (Lebh. Beifall.) — Reichsminister Dr. Scholz: Die Regierung wird im Ausschuss in der Lage sein, die bereits von ihr unternommen und beabsichtigten Schritte darzulegen. Dabei wird es von höchstem Wert sein, von den Sachverständigen im Ausschuss zu erfahren, ob sie mit anderen Maßnahmen einverstanden sind oder welche Vorschläge sie zu machen haben. Der Reichswirtschaftsrat soll ein Parlament der Tat sein. — Geh. Rat Weigert: Das Reichsarbeitsministerium hat sich mit der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereits befaßt u. begrüßt die Möglichkeit, mit Hilfe des von ihnen einzulegenden Ausschusses die Frage auf eine breite Basis zu stellen. — Textilarbeiter Fadel: Unbegreiflicherweise ist bei der Zusammenstellung des wirtschaftspolitischen Ausschusses die Textilindustrie nicht berücksichtigt worden. Deutschlands Textilindustrie ist von Aufträgen völlig entblößt. In diesem Augenblick verzicht man zur Befriedigung der Sicherheitswehr einen Auftrag von 700 000 Meter Wert nach an englische Firmen. (Lebh. Heul! Heul!) Die deutsche Textilindustrie hätte diesen Auftrag zu billigerem Preis ausführen können. Weiter sind von Süddeutschland gewaltige Aufträge ins Ausland gegangen, während bei uns Hun-

dertausende von Textilarbeitern arbeitslos geworden sind. Im Reichswirtschaftsrat ist festzustellen, nach welchen Grundrissen die staatlichen Verwaltungen ihre Aufträge zu vergeben haben. Deutschland muß seine Aufgabe darin sehen, die einzelnen Firmen den Nachbereich des einzelnen Unternehmens zu entziehen und sie selbst zu verwalten. Der Antrag wird an den wirtschaftspolitischen Ausschuss verwiesen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung betreffend den Ausschuss für den Reichswirtschaftsrat, den wirtschaftspolitischen Ausschuss zu beauftragen, eine Kommission dafür einzusetzen. Das Haus beschließt dementsprechend. — Die Beratung über den Betriebsräteauschuss wird nach kurzer Debatte von der Tagesordnung abgesehen und dem Vorstand die Festlegung des Termins und die Tagesordnung für die nächste Sitzung überlassen. — Schluß 12 1/2 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

### Donnerstag-Sitzung. (Schluß.)

Herr Müller: Franken fortführend: Der eine Revision des Friedensvertrages von Versailles aufsteht, muß sich auch nach Bundesgenossen umsehen. Das ist aber nur die sozialistische Partei (Proletarische Partei). Wenn er den Friedensvertrag unterzeichnet habe, so wäre ihm nicht Mangel an Mut oder Furcht vor der Verantwortlichkeit vorgeworfen worden. Ein Zusammengehen mit der Volkspartei auf dem Boden eines gemeinsamen Programms ist unmöglich. Der neuen Regierung werde keine Partei abwartend gegenüberstehen und den unabhängigen Mittrauensantrag nicht unterstützen. Auch er warne davor, in Spa Unmögliches zu unterzeichnen. Der Tag werde bald kommen, wo man sich nur in Italien und England, sondern auch in Frankreich einsehen werde, daß Deutschlands Los das der ganzen Welt sei.

### Reichsfinanzminister Dr. Wiedt führte aus, daß der Etat für 1920

erst in großen Ziffern feststehe. Der ordentliche Etat werde zu erstmalig seit der Vorkriegszeit balancieren und zwar mit 28 Milliarden. Dabei seien aber gegen drei Milliarden noch nicht bewilligte Steuern in Rechnung gestellt. Im außerordentlichen Etat seien vorgesehen an Ausgaben 11,6 Milliarden, darunter 5 Milliarden für den Friedensvertrag, die aber kaum reichen würden. Dazu kämen aber 15 bis 16 Milliarden Zehlbeträge aus den Betriebsverwaltungen, Eisenbahnen usw., so daß die außerordentlichen Ausgaben auf 26,7 bis 27,6 Milliarden steigen und ein Gesamtetat von 54 bis 55 Milliarden sich ergebe. Die Schuld des Reiches betrage 209 Milliarden. Dazu kämen die Kriegsausgaben der Länder und Gemeinden mit 15 bis 16 Milliarden, für die das Reich aufzukommen habe. Am Schluß seiner Ausführungen sagte der Minister u. a. nach: Wir stehen vor Spa und damit stehen wir vor unserem Schicksal, ja vor dem Schicksal Europas. Von den Verhandlungen in Spa hängt nicht nur unsere Zukunft ab, sondern auch die Frage des gesamten europäischen Wiederaufbaus. Wenn Vernunft und Verhandlungswille die Verhandlungen beherrschen, kann man wohl auf einen Erfolg hoffen, der zu einer rascheren Hebung der Kriegsschäden zu führen vermag und uns auch wirtschaftlich wieder zu Atem kommen läßt. Notwendig aber ist, daß Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wieder gehoben wird. Das Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit ist primär ein wirtschaftliches und erst sekundär ein geldliches Problem. Die ganze Welt muß von dem Gedächtnis losgelassen werden. Man darf nicht vergessen, daß internationale Schuldabtragungen nur erfolgen durch Sachgutlieferungen oder Dienstleistungen irgendwelcher Art. Das ganze Wiederaufbauproblem wächelt sich damit von selbst zu einem Problem der Produktion aus. Welche Finanztransaktionen man auch erdenken mag, alle gehen schließlich wieder zurück auf die einfache Formel der Uebererschließungen der heimischen Wirtschaft an Ware oder Dienst zugunsten der Entente. Unter diesem wirtschaftlichen Gesichtswinkel muß man die ganze Wiederaufbaupolitik ansehen. Wenn das Problem von Spa zu einem für Europa günstigen Ende geführt werden soll, müssen Verhandlungen geführt werden mit dem ehrlichen Willen, das niedergedrückte Europa wiederaufzurichten und die drohende Gefahr des finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und allgemein kulturellen Bankrotts von den hart betroffenen Ländern Europas zu bannen. Das Problem ist ein europäisches, ja ein Weltproblem. Kommt es irgendwo zu einem Zusammenbruch, so pflanzt er sich fort auf alle übrigen Länder und die Weltwirtschaft würde ungeheurer schweren Schaden erleiden schon aus dem Grunde, weil etliche Absatzgebiete verfallen müßten. An unserem guten Willen bei den Verhandlungen wird es nicht fehlen. Wir wissen, daß wir mehr als jedes andere Land unter den Lasten zu tragen haben werden, die der Krieg auferlegt hat. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben trotz aller ungenügenden Hilfe der Zeit bisher schon Leistungen vollbracht, wie sie noch keinem Volke nach einem verlorenen Kriege je auferlegt worden sind. Nur darf man immer wieder nicht vergessen, daß jeder, der Arbeit leisten soll, auch das nötige Handwerkszeug und den nötigen Arbeitsstoff zur Leistung haben muß.



Kann man ihm diese noch über erlassen man sie ihm vor, so kann man ihn nicht beschuldigen, zu wenig geleistet zu haben. Das deutsche Volk muß sich jetzt des ganzen Ernstes der gegenwärtigen Lage bewusst sein. In diesen Stunden entscheidet sich nicht nur unser nächstes Schicksal, sondern auch die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Einig und geschlossen müssen wir stehen, müssen wir die Lasten auf uns nehmen, die aus dem Krieg und dem Friedensvertrag erwachsen. All unser Hoffen, daß doch noch eine bessere Zeit kommen werde, beruht auf der Arbeit, auf unserem Können und dem Fleiß unserer Hände. Die Not der Zeit muß bezwungen werden.

Genke (H.) wünscht den bürgerlichen Parteien in ihrem Liebeswerben um die Rechtssozialisten

viel Glück, aber keine Partei werde den Arbeitern flor machen, daß sie niemals schamlos auf dem politischen Gebiet angegriffen worden seien, als durch die Rechtssozialisten. Die Anträge der letzten Tage seien vielfach durch Vordruck herabgerufen worden, um der Reaktion willkommenen Gelegenheit zu geben. Der Kapitalismus, der aus dem Kriege ungeheure Gewinne gezogen habe, wolle das im Frieden forsetzen auf Kosten des Proletariats. Die Konferenz in Spa sei eine schwierige Frage, aber man dürfe nicht vergessen, daß es schließlich eine Zusammenkunft von Kapitalisten sei. Rosta, der sich von ihnen habe einfeilen lassen, trage die Schuld an Spa und mit ihm die Sozialdemokratie, die sich jetzt vor Spa drücken wolle. Natürlich sträuben sie sich vor der Sozialisierung der Reichswehr und der Sicherheitspolizei, weil ihnen damit ein Kampfmittel gegen die Arbeiter entzogen wird.

Der bayer. Gesandte v. Preger kommt auf die Bemerkungen des Reichsfinanzministers über die bayer. Gehaltsätze zu sprechen, die höher seien, als die des Reiches. Das sei zwar immer der Fall gewesen, habe aber leider noch nicht abgeändert werden können. Jedenfalls liege der bayer. Regierung jede Absicht, in die Reichsverordnung einzugreifen, fern.

Eisenberger (h. W.) erkennt die Verdienste der alten Regierung gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr Gutes gehabt, wie ihr Fehlen in Oesterreich beweise. Andererseits aber dürfe sie nicht übertrieben werden. Die Diktatur sei stets vom Uebel, wie aus auch die Militärdiktatur im Ungarn gestirmt habe. Ein kräftiger Mittelstand werde das beste Mittel gegen ein Umfliegendes des Klassenhasses sein.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, Fortsetzung der heutigen Debatte, Rotrot. Schluß 1/7 Uhr.

### Freitags-Sitzung.

Berlin, 2. Juli. Das Haus und die Tribünen sind schwach besetzt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anfragen.

War muth (D.R.) fragt an, weshalb die Lieferungen von Mitteln für die Sicherheitspolizei trotz niedriger Angebote der deutschen Industrie einer englischen Firma zuerkannt wurden, ferner, was die Regierung gegen die polnischen Schiffe der Nichtanerkennung direkter deutscher Fahrten nach Ostpreußen und Danzig zu tun gedenke.

Regierungsseitig wird erklärt, daß in dem ersten Falle besondere Dringlichkeit vorgelegen habe, daß im zweiten Falle die Schiffe, die die Polen fortgesetzt machen, uns zu Beschwerden in Paris genötigt hätten. Die meisten Bahnhöfe seien für den Durchgangsverkehr gesperrt in offensichtlicher Verletzung des Friedensvertrags.

Philipp (D.R.) fragt, was die Regierung tun werde, um die Haftentlassung des Wiesbadener Verlagsbuchhändlers Abt durchzusetzen, der von den Franzosen wegen eines politischen Schreibens an den preussischen Ministerpräsidenten verhaftet worden war.

Der Regierungskommissar Lehmann erklärt, daß die Regierung demnach in der Lage sein werde, oblige Aufklärung zu geben.

Auf eine Anfrage des Abg. Weisbach, ob das Reichsfinanzministerium bereit sei, an die Landesfinanzämter Anweisung zu erteilen, zu viel gezahlte Kriegsteuer zurückzuführen, sagte die Regierung ernsthafte Erwägung zu.

In der fortgesetzten Debatte über die Regierungserklärung erhält zunächst der Reichsernährungsminister Dr. Herz die das Wort. (Schluß folgt.)

Berlin, 2. Juli. Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten hat zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Stresemann gewählt und zum Stellvertreter den früheren Reichskanzler, Abg. Müller-Frankau (Soz.).

### Ein indirektes Vertrauensvotum für die Regierung.

Berlin, 2. Juli. Wie der „Vorwärts“ schreibt, wird die Regierung durch die vom „Vorwärts“ gewünschten „klaren Formen“ eine Erklärung mit auf den Weg erhalten, die ihr zu leben erlaubt. Dank dem Antrag der Unabhängigen aber werde sie sich sogar auf ein indirektes Vertrauensvotum stützen können. Indem die große Majorität des Reichstags es ablehnen werde, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, werde gewissermaßen, wenn auch nur indirekt und als Verneinung eines Misstrauenskontrags, die Existenz der Fortdauer eines Vertrauens festgestellt.

### Unsere Delegierten für Spa.

Berlin, 1. Juli. Zur Konferenz in Spa werden nach den vorläufigen Beschlüssen sich begeben: Reichskanzler Friedrich, Reichsminister des Reichens Dr. Simons, Reichsminister Wirth, Schulz und Herms. Insgesamt werden 25-30 höhere Beamte mit dem nötigen Stabpersonal nach Spa gehen.

### Revision des Friedensvertrags?

Berlin, 2. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ verzeichnet unter allem Vorbehalt die folgende ihm aus Paris über Basel zugehende Meldung: Es hebt nunmehr fest, daß die Alliierten sich auf die Beschlüsse der englisch-französischen Sachverständigen einigen werden. Es hat ein offizielles Gedankenexperiment mit den Vereinigten Staaten stattgefunden, das die amerikanische Zustimmung sichert. Indes meldet die „Chicago Tribune“, daß eine radikale Durchsicht des Vertrags von Versailles sehr wahrscheinlich ist. Die Engländer haben die Absicht angekündigt, den Vertrag elastischer zu gestalten. Italien ist derselben Ansicht, und die amerikanische öffentliche Meinung, so sagt das Blatt, ist ebenfalls für die Abänderung gewisser Bestimmungen des Friedensvertrags.

### Der Riß im Zentrum.

Berlin, 1. Juli. Die neu gegründete Christliche Volkspartei beschloß, bei den nächsten Kommunalwahlen überall als selbstständige Partei aufzutreten. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Zentrumsblock immer weiter nach links gehe; der Beweis dafür sei, daß Erzberger triumphierte und daß Dr. Brauns, der nachweislich wegen seiner Linkspolitis in allen Zentrumsabstimmungen abgelehnt und deshalb auf die Reichswahlliste gesetzt worden sei, lührender Zentrumsminister wurde.

### Um die Stillierung des Steuerabzugs.

Berlin, 1. Juli. Der Reichstag beschloß, drei dringende Anträge, die übereinstimmend die vorläufige Aussetzung des 10%igen Abzugs vom Lohn fordern, gemäß dem Beschluß des Reichsteueraussschusses einem 28-gliedrigen Ausschuss zu überweisen, der seine Beratungen unverzüglich aufnehmen und vielleicht übermorgen bereits berichten wird.

### Gegen die Teuerung.

Braunschweig, 2. Juli. Um Teuerungskrawallen vorzubeugen, hat die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss eingesetzt, der die Preise für Lebensmittel, Bekleidung und Schuhwaren prüfen und auf ein erträgliches Maß festlegen soll.

### Das deutsche Ernährungproblem.

Berlin, 2. Juli. Ueber die Grundzüge der künftigen Ernährungspolitik äußerte sich der Reichsernährungsminister Herms in einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse dahin, daß sich unsere landwirtschaftliche Produktion bessere. Die inländische Stoffherzeugung befinde sich in hoffnungsvoller Entwicklung. Durch Förderung der Zwangswirtschaft könnten wir der landwirtschaftlichen Produktion einen starken Anreiz geben. Wir würden die Zwangswirtschaft nur da aufrecht erhalten, wo elementare Notwendigkeit es fordert. Die Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Milch sei jeder Diskussion entrückt. Wir wollten die landwirtschaftliche Produktion durch eine gerechte Preispolitik fördern. An einen Abbau der Getreidepreise könne nicht gedacht werden, aber die Erhöhung der Getreidepreise müsse vermieden werden. Die restlose Ablieferung von Brotgetreide und Milch sei von der Landwirtschaft zu verlangen. Die Fleischwirtschaft müsse wir umbauen. Ueber die Neuregelung der Fett- und Kartoffelwirtschaft stehen wir in Verhandlungen. Beim Abbau der Zwangswirtschaft verfolgen wir auch den Zweck, soweit wie möglich das Preisniveau der Lebensmittel zu senken. Mit den Kriegsgesellschaften wird gründlich und schnell aufgeräumt werden.

### Lebensmittelkrawalle in Worms.

Worms, 1. Juli. Mittwoch Nachmittag und Abend fanden hier Straßendemonstrationen gegen die Lebensmittelteuerung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatz und marschierten nach dem Gewerkschaftshaus, wo Besprechungen stattfanden. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Vom Gewerkschaftshaus begaben sich die Demonstranten zur Handelskammer, wo der Geschäftsleitende ein befristetes Ultimatum überreichte wurde. In den Abendstunden strömte wieder eine Menge nach der Mittelstadt und halbwegsige Burden schlugen Schaufenster ein und plünderten die Auslagen. Es kam mehrfach zu Schlägereien und wüsten Szenen, jedoch die Polizei stürzte mit blanker Waffe einzuwirken. Der Schaden dürfte zwei bis drei Millionen betragen. Gegen Mitternacht griffen französische Patrouillen ein und blieben bis zum Morgen in Bereitschaft. Die Läden sind auch heute noch geschlossen.

### Zur Explosion der Pulverfabrik Winterholler.

München, 3. Juli. Ueber die Explosion der Pulverfabrik Winterholler in Stephanskirchen bei Rosenheim wird noch gemeldet. Der Riß schlug in die Zündschurfabrik, wo größere Mengen Rinen, Granaten und Handgranaten zur Entladung lagen. Insgesamt erfolgten sieben große Explosionen, die letzte Donnerstag morgen gegen 5 Uhr. Die Handgranaten durchschlugen noch in weiter Entfernung Dächer im Umkreis von fast 2 Stunden. In dem 1/4 Stunden entfernten Rosenheim wurden Tausende von Fensterrahmen zertrümmert, Hunderte von Dächern abgedeckt und in benachbarten Wäldern Hunderte von Bäumen enturzelt. Von dem an der Unfallstelle vorbeifahrenden Schnellzug wurden ebenfalls die Fensterrahmen zertrümmert. Glücklicherweise befand sich niemand in der Fabrik. Durch unglücklichen Zufall wurde jedoch ein von den Arbeitern heimkehrender Fabrikarbeiter von einem Zementblock erschlagen. Ein 12-jähriger Knabe wird vermisst. Gerüchweise verlautet, daß 12 weitere Kinder vermisst werden. Näheres hierüber ließ sich jedoch nicht erfahren, da die Telefonverbindung mit Stephanskirchen gestört ist. Es ist aber anzunehmen, daß die Kinder auf die Warnungen des Fabrikleiters sehr weit wegelaufen waren und unterdessen wieder zurückgekehrt sind.

### Württembergische Politik.

#### Vom Landtag.

Stuttgart, 1. Juli. Die dritte Sitzung des Landtags findet, wie schon berichtet, am nächsten Mittwoch nachmittags 4 Uhr statt. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig. Neben einem Bericht des Revisionsausschusses wird das Staatsministerium eine Erklärung abgeben. Dann folgen vor allem die großen Anfragen wegen der Lebensmittelteuerung, der Wirtschaftskrise, den Zwischenfällen im Lande usw.

#### Das neue Staatsministerium

hat seine Beschlüsse bereits übernommen. Es wird voraussichtlich am Mittwoch 7. Juli dem Landtag sein Programm unterbreiten. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich über ihre Stellung zur neuen Regierung noch nicht schlüssig gemacht. Deren Zusammensetzung wird ihr aber unbeschadet ihres Verzichtes auf die weitere Teilnahme an der Regierung nicht gleichgültig sein. Die sozialdemokratische Schwab. Tagewacht äußert bereits sehr starke Bedenken gegen die Berufung des leibigenen Ernährungsministers Graf in das Ministerium des Innern. Gegen Graf, der als Ernährungsminister vollständig versagt habe, seien in den letzten Tagen Tausende bekannt geworden, die wenn sie sich beständigen, die leinere Wirtschaft Graf fast unmöglich machen. Auch

der „Beobachter“ erklärt in der Person dieses Ministers liegende Schwierigkeiten und in diesem Fall auch eine Beschränkung am Prinzip der parlamentarischen Regierung insofern als der Staatspräsident in der Wahl seiner Mitarbeiter nicht völlig freie Hand gehabt habe.

### Zur Milchpreisfrage.

Stuttgart, 1. Juli. Die Landesversorgungsstelle nimmt in einem umfangreichen Artikel nochmals zur Milchpreisfrage Stellung. Ueber die kürzliche Milchpreiskonferenz, an der die Vertreter der Landwirtschaftskammer, des Landwirtschaftlichen Hauptverbands, der Landwirtschaftl. Genossenschaften und Bezirksvereine und der Milchproduzentenvereine teilnahmen, wurde seitens der Landesstelle einmütig erklärt, daß die neuen gesetzlichen Höchstpreise für Genuß- und Verbrauchsmilch ohne die schwersten Folgen für die Milchherzeugung nicht herabgesetzt werden können. Die Beschränkung hat jedoch Bereitwilligkeit gezeigt, möglichst entgegenzukommen und freiwillig Opfer zu bringen. Die freiwillige Herabsetzung unter die Festsetzungskosten bringt aber Gefahren mit sich, die sich in Vorkauflegung der Produktion, im Abfließen der Milch in die Nachbargebiete mit höheren Preisen und in der Abtragung von Milchvieh zeigen werden. Wichtiger als die künstliche Niederhaltung des Milchpreises müsse die Aufrechterhaltung und Steigerung der Milchproduktion sein. Die auf amtlichen Grundlagen beruhenden Berechnungen der Festsetzungskosten für 1 Liter Vollmilch haben im günstigsten Fall einen Betrag von 1,22 M im Landesdurchschnitt einen solchen von 1,32 M ergeben. Bei den amtlichen Berechnungen sind die gegenwärtigen Grundpreise, nicht aber die ungedeckelten Milchpreise in Anschlag gebracht. Die durchschnittliche Milchergabe liegt einer Kuh in durch Tausende von Produktionen landau, landab festgesetzt worden. Die Freigabe der Milchherzeugung ist wegen der reichsgerichtlichen Bestimmungen nicht möglich. Den Wünschen der Landwirtschaft nach Lieferverträgen wird man dadurch gerecht, daß die Landesversorgungsstelle die Bedarfsgemeinden ermächtigt hat, mit den ihnen angewiesenen Liefergemeinden unter Einhaltung der Höchstpreise Lieferverträge abzuschließen. Auch die Verbraucherpreise müssen die Milchpreisfrage einer ruhigen und sachlichen Würdigung unterziehen. Es handelt sich um die Sicherstellung des Existenzminimums für die überlebende Bevölkerung und um Steigerung der darniederliegenden Milchherzeugung für Gegenwart und Zukunft.

### Aus Stadt und Bezirk.

Magd., den 3. Juli 1920.

\* Stat.-Kassier Stodinger 4. Am Freitag früh ist hier Stat.-Kassier Stodinger ganz unerwartet rasch an einem Herzschlag verstorben. In dem Verstorbenen, der seit 26 Jahren auf dem hiesigen Bahnhof tätig war, verlieren wir einen modernen Mann, der sich allgemeinere Berücksichtigung als Mensch, wie als pflichtgetreuer Beamter erkaute. Der Familie, welcher der Verstorbene einen hoffnungsvollen Sohn entließ, wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

\* Zugverkehr. In der Richtung Pforzheim ortsbereit laut Sommerfahrplan folgende Zug Abfahrtszeit Hauptbahnhof Magd. 4.38, 6.14, 10.36 vorm. u. 5.42, 9.53 nachm. Der Zug 4.38 vorm. gilt nur für Werktags. Nach Guntzberg-Horb 7.45 vorm., 4.06, 6.04, 8.12, 10.27, nachm. (6.04 nur Werk.). Nach Alzenau gehen folgende Züge 8.10 (Werk.) vorm. und 12.40, 5.50 (nur Sonntag), 6.05, 8.30 nachm. Von Alzenau treffen die Züge am hiesigen Hauptbahnhof ein: 6.45, 10.14 vorm. und 3.51, 7.54 nachm.

\* Postliches. Wir bringen zur Orientierung unserer Leser nachfolgend eine Zusammenstellung der für die Abgabemehrheit in Betracht kommenden postlichen Termine: Schalterdienststunden für den Gesamtpostverkehr: Werktag von 1/9-1/12 vormittags und von 2-6 Uhr nachmittags; Sonntag 8 von 11-12 Uhr vormittags. Telegramme werden angenommen Werktags von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends ununterbrochen; an den Sonntagen ist außer der allgemeinen Schalteröffnung noch bis 1/1 Uhr mittags und von 5-7 Uhr abends Telegrammannahme. In besonderen Fällen (Nachts etc.) können Depeschen auch auf dem Bahnhof aufgegeben werden. Die eingehende Briefpost wird an den Werktagen zweimal ausgebracht und zwar vorm. um 9 Uhr und nachm. um 1/5. Sonntags ist nur einmal Befstellung um 1/9 Uhr vorm. Pakete werden nur an den Werktagen und nur einmal vorm. gegen 9 Uhr abgetragen. Die Leerung der Briefkästen erfolgt um 6 Uhr morgens und um 4<sup>15</sup> nachmittags. Die Postenpost nach Hattenbach geht ab um 9<sup>15</sup> Uhr vorm. und um 6<sup>15</sup> nachm.; der Postwagen von Wödingen kommt hier an um 10 Uhr vorm. und fährt zurück um 11<sup>15</sup> vorm. Der Fußbote nach Walldorf geht ab in Marsch um 9 Uhr vorm., der Fußbote nach Bödingen-Oberschwandorf um 12 Uhr vorm.

\* Flaggmusik. Bei günstiger Witterung spielt morgen vorm. von 11-12 Uhr die Stadtkapelle in der Vorstadt.

\* Blumentag für unsere Gefangenen. Am 11. Juli soll für die in Sibirien und Turkestan sowie in den französischen Strafverträgen schmachtenden deutschen Gefangenen ein Blumentag im ganzen Württemberg landesweit durch den die Mittel aufgebracht werden sollen, um diesen Kerulsten nachhaltige Unterstützung und tatkräftige Hilfe gemöhen zu können. Der Erlös wird an allen Orten an dem Hilfsausschuß für Kriegsgefangene überwiesen, sodas besondere Notfälle von bereits heimgekehrten deutschen Kriegsgefangenen berücksichtigt werden können.

\* Lehrerinnen. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß im Hinblick auf die bevorstehende Neuordnung des Lehrerbildungswesens ebenso wie für die Lehrer- u. Lehrerinnenbildungsinstitutionen für den Volksschuldienst, so auch für höhere Lehrerinnenbildung in Stuttgart im laufenden Jahr die letzte Aufnahmeprüfung stattgefunden hat. In Zukunft besteht, wie der Staatsminister des Unterrichts u. Schulwesens schon bei Veranstaltung der Aufnahme Weber in der Landtagsung am 12. März d. J. öffentlich mitgeteilt hat, kein Bedürfnis mehr nach der weiteren Ausbildung von höheren, seminaristisch gebildeten Lehrerinnen.

\* Aufhebung der Schreibbedarfsvergütungen. Das Staatsministerium hat die bestehenden Bestimmungen über die Gewährung von Schreibbedarfsvergütungen an

die Beamten der Ministerien und Kollegialbehörden mit Wirkung vom 1. Juli ds. Jrs. an aufgehoben und verfügt, daß künftig sämtliche Schreibbedürfnisse von Amts wegen zu beschaffen u. den Amtsangehörigen zur Verfügung zu stellen sind.

**Seuchenmilch.** Bei der so starken Verbreitung der Maul- und Rausenepidemie soll streng darauf geachtet werden, daß jede Milch nur in abgekochtem Zustande genossen wird, ein Unterlassen könnte von schweren Folgen begleitet sein.

**Ein edler Schwarzwälder!** Nachdem Herr Christof Kleinbeck in New-York, aus Güttingen O. A. Nagold stammend, auf Grund einer Sammlung der Städtewerwaltung Stuttgart für die hungernden Kinder den schönen Betrag von über 26 000 M. überliefert, ließ er nun ebenfalls der Unterfürstlichen Besoldung des Calwer Bezirks-Bereins Stuttgart 100 M. spenden. Wie wir hören, hat sich unser Landsmann während des Krieges aufopfernd für seine alte Heimat eingesetzt.

**Aus dem übrigen Württemberg.**

**Calw, 1. Juli.** Das Bett des Monbachs ist im Jahr 1914 durch ein niedrigebeinendes Gewitter schwer beschädigt worden. Neben der Dauer des Krieges war es nicht möglich, den Korrektionsarbeiten näherzutreten; doch wurde im Auftrag der beteiligten Gemeinden durch die Kulturspektion Reutlingen ein Projekt ausgearbeitet, das in der heutigen Sitzung dem Bezirksrat unterbreitet wurde. Nach diesem soll das Bett des Monbachs die letzten 900 m von der Mündung in die Nagold aufwärts fortrücken und von da ab der Abfluß durch eine Reihe Wehrdämme zwecks Zurückhaltung des Gewässers geregelt werden. Die Gemeinden rechnen auf einen Zuschuß der Amtskörperschaft. In der heutigen Besprechung wird hierüber verhandelt und beschlossen, sich zur Gewährung eines Beitrags grundsätzlich bereit zu erklären und in uneingeschränkter Weise einen solchen von 10% in Aussicht zu stellen. — Oberamtmann Göts hat wegen Heberlein gegen den Kommunalverband und gegen seine Person die Überweisung der Ratsgeschäfte des Kommunalverbands abgelehnt. Die Führung der Ratsgeschäfte wurde infolge dessen bis auf weiteres dem Kommunalverbands Beamten Entzel und Pfeiffers in gemeinsamer Person übertragen.

**Stuttgart, 1. Juli.** Wie das Neue Tagblatt berichtet, soll demnächst beschlossen werden, den Auf- und Zustiegshandel mit Wirkung vom 12. Juli ab vollständig freizugeben. Auch beim Schloßtrieb sollen Erleichterungen eingeführt werden. Den Händlern und Weggern soll in ihrem Bezirke der freie Verkauf gestattet werden. Wie die Stuttgarter Wehrer ihren Bedarf decken sollen, ist noch nicht geklärt. Der Fleischverbrauch in den Großstädten soll darauf geregelt werden, daß den Wirten gewisse Fleischmengen zugewiesen werden, wozu sie nicht mehr beachtete Vorrichtung der Abgabe von Fleischmarken in Wegfall käme. Dies bedeutet tatsächlich die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch. Die Höchstpreise sollen jedoch bestehen bleiben, außerdem sollen die Wehrer beim Fleischkauf auf eine gewisse Bedarfsmenge beschränkt werden.

**Vom Bodensee, 3. Juli.** Ein mit Brennholz beladenes Seeboot kam aus dem Gnadentaler vom Meer zwischen Rastatt und Altdorf nach Reichenau-Unterzell gefahren. Bei dem gemitterhalten Wetter legte ein Sturm ein; das starkbe-

ladene Boot kippte und versank in die Tiefe. Von den drei Insassen konnte Damian Weising von den sofort vom Reichenauer Meer kommenden Rettungsbooten lebend aufgenommen werden. Die anderen zwei Insassen, Rudolf Böbler mit seinem Sohne gingen mit dem Schiff unter und konnten noch nicht geborgen werden. Der ertrunkene Böbler ist Vater von 7 Kindern. Während des Krieges ist ihm sein Haus abgebrannt.

**Letzte Nachrichten.**

**Das Mißtrauensvotum abgelehnt.**

Berlin, 3. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde das Mißtrauensvotum der Unabhängigen mit 313 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsparteien: Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie dieselben Erklärungen entsprechend die Politik des Reichs insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spaas führen wird, wurde in namenhafter Abstimmung mit 233 gegen 82 Stimmen bei 54 Stimmenthaltung angenommen. Dagegen stimmten die Unabhängigen. Die Deutsch-Nationalen enthielten sich der Abstimmung.

**Das Echo der Presse.**

Berlin, 3. Juli. Der gestrige Abschluß der politischen Aussprache im Reichstag wird von den Morgenblättern mit Befriedigung besprochen.

Der Reichstag steht hinter der Regierung, sagt der „Berliner Lokalanzeiger“.

Die „Germania“ schreibt: Das Regierungsprogramm hat eine Mehrheit von 253 Stimmen gefunden. Diese Unterlage kann und muß vollumfänglich genügen. Sie wird auch von Seiten der Entente, wie man annehmen darf, als vollkommen ausreichend erachtet werden u. damit sind die Voraussetzungen gegeben, die Deutschland im Augenblick braucht, um den schweren Gang nach Spaas zu unternehmen.

Der Antrag der Unabhängigen, sagt der „Vorwärts“, dessen Annahme den Sturz der Regierung unmittelbar zu Beginn der Verhandlungen von Spaas bedeuten würde, wurde selbstverständlich gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der zur Annahme gelangte Antrag enthält weder eine Vertrauenskundgebung noch auch nur eine Billigung der Regierungspolitik. Mit seiner Annahme durch eine große Mehrheit hat die Reichsregierung den Reichstagsbeschlüssen den sie für ihren Reifeplan zu gebrauchen glaubt, auch die rechten gerichteten Blätter sagen, das Selbstvertrauen sei doch noch, wenn auch nach langen Kämpfen, Ereignis geworden. Dem Reichstanzler wurde es gedankt, wie er zum Schluß würdig und verständlich aufgetreten sei.

**Dr. Wirth über den Steuerabzug.**

Berlin, 2. Juli. Im Steuerausschuß des Reichstags gab bei der Beratung der Anträge betr. den 10%igen Steuerabzug der Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Das Reichsfinanzministerium hat durch den Erlass der bisherigen Bestimmungen lebhaft die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ausgeführt, die das Prinzip der Steuererhebung an der Quelle enthalten, andern-

falls würde ein Steuerzufall eintreten, den das Reich einfach nicht tragen kann, und zweitens würde jetzt und in Zukunft mit geldlicher Steuerfabrikation gerechnet werden müssen. Wird jetzt der Steuerabzug nicht durchgeführt, so wären für die Zukunft die Hauptleidtragenden nicht das Reich, sondern die Länder und Gemeinden. Es ist dafür gesorgt, daß, wenn die endgültig zu zahlende Einkommensteuer geringer sein wird, eine sofortige Erstattung des zuviel erhobenen Betrages erfolgt. Die Zahl dieser Fälle wird aber, glaube ich, überschätzt. Der Minister schloß mit einem dringenden Appell an alle führenden Persönlichkeiten, aufklärend und beruhigend einzuwirken, denn es handle sich um Sein oder Nichtsein des Reiches, um den Bestand der Länder und Gemeinden. Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

**Abreise der deutschen Delegation nach Brüssel.**

Brüssel, 3. Juli. Hooas. Die deutsche Delegation wird heute Samstag nachmittags 2 Uhr in Brüssel eintreffen.

**Der französische Botschafter zu den deutsch-französischen Beziehungen.**

Berlin, 3. Juli. In einer Unterredung mit dem franz. Botschafter sagte dieser zu einem Vertreter der „Voss. Ztg.“, er sehe keine vornehmste Aufgabe darin, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, auf die im Programm des Ministerpräsidenten Millerand hingewiesen sei, soweit es in seinen Kräften stehe, zu verwirklichen. Er hoffe bestimmt, daß seine Zusammenarbeit mit dem neuen deutschen Minister des Aeußeren, mit dem er sich auf dem gemeinsamen Boden der Einsicht der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zusammenfinde, erfolgreich sein werde. Es handle sich aber nicht nur darum, Fachgüter wieder herzustellen, sondern auch das durch den Krieg gestörte moralische Gleichgewicht.

**Zum Abbau der Zwangswirtschaft.**

Berlin, 2. Juli. Das Anhalten des besseren Salutzustandes gestattet zunächst, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung nach Erleichterung auf dem Gebiete der Zwangswirtschaft, insbesondere nach einseitigen Rohungsmitteln und schmackhaftem Futtermittel Rechnung zu tragen und das Verbot der Einfuhr von Käse aus dem Ausland bis auf Aufzuheben. Sollte wider Erwarten die Saluta sich erheblich verschlechtern, so wird im Interesse unserer Zahlungsbilanz eine Zurücknahme der Einfuhrgenehmigung vorbehalten. Im Anschluß an die Aufhebung des Einfuhrverbots soll auch die Bewirtschaftung von Käse im Inland freigegeben werden in der Erwartung, daß infolge der Besserung der Saluta die Einfuhr ausländischen Käses preismildernd auf die gegenwärtig zum Teil unerhörten Schleißhandelspreise für einheimischen Käse einwirkt.

**Familiennachrichten.**

**Annahmige.**  
 Gestorben: Josef Lohmüller, Bezirksnotar, 63 Jahre alt, Rottenburg; Martin Reuter, Stadtschreiber a. D. Rottenburg; Christine Reinhardt, geb. v. v. Strohmeyer, Tochter aus Nagold, Pforzheim.  
 Bei der Begräbnisfeier am 2. d. M. 1920. (Rat der Stadt Nagold)

**Stadtgemeinde Nagold.**

**Wegsperrre.**

Der obere Teil des Steinbruchsträßchens zwischen Abteilung Stadlacker und Hinteres Wäldle ist wegen Verbesserungsarbeiten bis auf Weiteres gesperrt.  
 Städt. Forstverwaltung.

**Emmingen.**

**Schafweide-Verpachtung.**

Die Gemeinde-Schafweide die noch mit 200 Stück beladen werden darf, wird am  
**Mittwoch den 7. ds. Mts.**  
 nachmittags 6 Uhr auf dem Rathaus hier verpachtet, wozu Liebhaber, auswärtige mit Vermögenszeugnissen, eingeladen werden.  
 Gemeinderat.

**Auslandszucker**

größeres Quantum zu kaufen gesucht.  
 Angebote erbeten unt. Nr. 60 an die Gesch. d. Verh.

**Ebhhausen.**

Mache meine werthe Kundschast darauf aufmerksam, daß wieder schöne Ware eingetroffen ist. Neu und gebraucht in gutem Zustande:

**Bettladen,**

**Diwans in Plüsch u. Stoff**  
**Matrassen, Schränke, Bettmöbel, Spiegel,**  
**Sessel, Oberbetten, Haipfel u. Kissen.**  
 Frau Albertine Barth z. Linde Telefon Nr. 18.

**Bezirksarbeitsamt Calw.**

(Für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold)  
 Fernsprecher No. 109. Weberstraße 161  
 Offene Stellen. Stelle Suchende

- a) für männliche Personen:
- |                       |                |
|-----------------------|----------------|
| 1 jung. Kutcher       | 1 Hausdiener   |
| 2 Pferdewächter       | 1 Kammerdiener |
| 1 Schuhmacherlehrling | 1 Kaufmann     |
- b) für weibliche Personen:
- |                           |                        |
|---------------------------|------------------------|
| 4 Dienstmädchen           | 1 Krankenschwester     |
| 2 Küchenmädchen           | 1 Blagarbitter         |
| 1 Magd für Landwirtschaft | 1 Sattler und Tapezier |
| 1 Zimmermädchen           | 1 Schlosser            |
|                           | 1 Schuhmacher          |
|                           | 1 Werkstatthilfer      |
- Lehrstellen werden gesucht für:  
 2 Schuhmacherlehrlinge  
 1 Schneiderlehrling

Meldungen werden auch bei unserer Nebenstelle Nagold Derrenbergstr., Telefon Nr. 80, entgegengenommen.  
 Calw, den 1. Juli 1920. **Verwalter: Prof.**

**Bücher schwäb. Dichter**

liegen in großer Auswahl zur Ansicht auf in der  
**Buchhandlung G. W. Zaiser, Nagold.**

**Annahme-Stelle**

der rühmlichst bekannten  
 Thüring. Kunst-Färberei  
 und chem. Wäscherei  
 Königsee  
 Muster modernster Farben  
 bei 50  
**Herm. Brintzinger**  
**NAGOLD.**  
 Anfertigung reizender  
 Oldruckmuster auf neue  
 und getragene Stoffe.  
**Mitliebadressen**  
 bei G. W. Zaiser, Nagold.

**Erstlings-**

**Mutter-**  
**Schwein**  
 11 Wochen tr. verkauft.  
**Christian Friedr. Hörmann,**  
 Pfälzerstr. 62  
 Nagold, Josef Nr. 84.  
 Setze 3 Stück 6 Wochen alte  
**Halb-**  
**Hunde**  
 dem Verkauf aus. 56  
**Ernst Wohl, Wildberg**

**Liegenschaftsverkauf.**

In einer Ortschaft des oberen Nagoldtals, Bahnstation, wird eine in der Mitte des Orts gelegene, nachweislich gutgebende

**Gastwirtschaft**

(dingliche Wirtschaftsgerechtigkeits)  
 mit einer etwa 15 Morgen umfassenden guten Landwirtschaft besonderer Umstände halber verkauft. Das Anwesen bietet geborgenen Leuten bei günstigen Zahlungsbedingungen vollkommen gesicherte Existenz.  
 Näheres ist zu erfahren durch die Geschäftsstelle d. Bl.

**Wohn- und Geschäftshaus**

in Feuerbach zu verkaufen, oder gegen kleineres in Bahnhofsnahe freiliegendes Fabrikantwesen (Mühle oder dergl.) womöglich Wasserkraft oder gegen außerhalb Ortschaft liegendes größeres Areal zu tauschen gesucht.  
 Frägliches Anwesen ist 1915 erstellt, mit kompletter Wasserelektromotoren- und Wirtschaftsraumlichkeiten ausgestattet.  
 Offerten unter Chiffre 2 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Generalfeldmarschall von Hindenburg**

**Aus meinem Leben.**

Borrätig bei  
**G. W. Zaiser, Buchhandlung**  
 Nagold.

**Cigarren, Cigaretten, Tabake** empfiehlt billigst **Otto Steegmüller** und gut **NAGOLD.** 2538

# Freie Maler- u. Gipfer-Innung des Bezirks Nagold.

Am Sonntag den 4. Juli findet im Gasthaus zum  
Waldhorn in Ebdhausen eine

## Vollversammlung

stat.  
Vollständiges Erscheinen ist dringend erwünscht. Die  
für die Beherlungrollen nötigen Angaben sind mitzubringen.  
Neue Preislisten können in Empfang genommen werden.  
2979 Der Vorsitzende.

Haiterbach.

## Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten  
wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Dienstag, den 6. Juli 1920

in das Gasthaus „zur Sonne“ in Haiterbach freund-  
lichst einzuladen.

**Christian Holz** & **Barbara Helber**

Sohn des Tochter des  
David Steinle, Bauer + Philipp Helber, Bauer  
in Alt-Ruitra. in Haiterbach.

Nachgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung  
entgegenzunehmen. 52

Sulz.

## Hochzeitseinladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren  
wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Dienstag den 6. Juli 1920

in das Gasthaus „A Linde“ in Sulz freundlichst ein-  
zuladen.

**Karl Köhm** & **Marie Gärtner**

Bauer Tochter des  
Sohn des + Karl Köhm + Michael Gärtner  
Bauer. Bauer.

Nachgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung  
entgegenzunehmen. 2207

Wegen zeitweiliger Abwesenheit  
findet vom 3.—20. Juli

**keine Sprechstunde**  
statt. 51

**Emma Fick, Dentistin**  
NAGOLD, neben Gasthof z. Röhle.

Gasthof z. „Löwen“ + Nagold.

Sonntag, 4. Juli, große  
**Tanzunterhaltung**

ausgeführt von der beliebten  
Tiroler Kapelle Hohnloser

wogit höfl. einladet Fr. Kortendauer.  
23 Anfang nachm. 3 Uhr und 8 Uhr.

Das neue

**Favorit-Moden-Album**

(Frühjahr/Sommer 1920.)

Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Alle Hausfrauen  
kaufen Triumph-Möbel-Buch  
„Wunderschön“.  
Stets staubfreie, prachtvolle  
Möbel. Zu haben bei  
Löwen-Drogerie.



Morgen vorm. von 11—12 Uhr:

**Platzmusik**  
der Stadtkapelle  
in der Berstadt 53  
Weinlein, Dirigent.

Gesucht wird auf 1. Au-  
gust zur selbständigen Verfor-  
nung meiner Bierstube ein  
solides, älteres 4

## Mädchen

Nagold **Paul Luz**  
Posthotel.

**Stuttgarter**  
**Kunstofffärberei**

färbt und reinigt alles gut.  
1719 Annahmestelle:  
Frau Frida Stikel, Nagold.

**Kragen,**  
**Manfchetten**  
**und Vorhemden**  
werden in kürzester Zeit tabel-  
los gewaschen und gebügelt  
durch die 2757  
Dampffärberei und Waschanstalt  
Gebr. Steurer, Freudenstadt.  
Annahmestelle für Nagold:  
Frl. Frida Kempf.

Sonntag den 4. Juli nachm. 4 1/4 Uhr  
im Festsaal des Seminars

## Konzert

im Einvernehmen mit dem V. z. F. d. V.  
Kammernmusikwerke v. August Halm.

Ausführende: Willy Lang Tübingen Violine,  
Otto Gilbert Tübingen Cello, A. Halm Eßlingen  
Bratsche und Klavier. 16

Eintritt: num. Sitz 3 Mk. unnum. 2 Mk.

Vorverkauf in der Buchhandlung Zaiser,  
Nagold.

**Verein. Lieder- u. Sängerkranz Nagold.**

Sonntag, 4. Juli 1920

## Ausflug

nach Altensteig. Abfahrt Stadtbhf. 12.49 Uhr nach  
Berned. Gemütl. Zusammenkunft im „Grünen Baum“.  
Aktive und passive Mitglieder sind freundl. eingeladen.  
Der Vorstand. 61

Rotfelden.

Am Sonntag den 4. Juli findet die

## Einweihung des Denkmals,

das zu Ehren der Gefallenen u. Vermissten hier errichtet wurde,  
verbunden mit Kriegerempfangsfeier

statt. Der Einweihung voraus geht ein Gottesdienst, Beginn  
desselben 2 Uhr, mit gleichzeitiger Trauerfeier für  
die beiden im Jahre 1916 vermissten Krieger unserer Gemeinde  
Fritz Braun und Gottlob Stockinger.

Sulz-Berned.

## Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung ge-  
statten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte  
zu unserer am

Donnerstag, den 8. Juli 1920

im Gasthaus z. „Waldhorn“ in Berned stattfinden-  
den Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

**Heinrich Köhm** & **Luise Ehret**

Schreiner Tochter des  
Sohn des Fräulein Köhm + Johann Ehret Maurer-  
Ratgeber in Sulz + meister in Berned.  
O.H. Nagold.

Nachgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Anzeige  
entgegenzunehmen. 54

57

Nagold, den 2. Juli 1920.



## Statt besonderer Anzeige.

Tieferschüttert geben wir Verwandten und Bekann-  
ten die schmerzliche Nachricht, daß heute mein treu-  
besorgter Gatte, unser lieber Vater, Bruder, Schwager  
und Onkel

## Hermann Stockinger

Stationskassier

infolge eines Herzschlags im Alter von 53 Jahren uns  
entrissen wurde.

In tiefer Trauer

die Gattin **Luise Stockinger geb. Moser**  
mit ihren 3 Kindern.

Beerdigung nächsten Montag 4 1/4 Uhr.

55

Windersbach, den 2. Juli 1920.

## Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und  
Bekanntem widmen wir die schmerzliche Nachricht,  
daß unsere liebe, treubeforgte Gattin, Mutter, Toch-  
ter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin u. Tante

## Magdalena Kohler, geb. Roth,

nach längerer schwerer Krankheit im Bezirkskranken-  
haus in Nagold am Donnerstag Nachm. 1/2 12 Uhr  
gestorben ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
Der Gatte: **Konrad Kohler, Bauer.**

Beerdigung Sonntag nachm. 1/2 2 Uhr in Windersbach.

49

Rotfelden, den 2. Juli 1920.

## Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten  
die schmerzliche Mitteilung, daß unsere innigstgeliebte  
Schwiegermutter, Mutter, Großmutter und Tante

## Sara Hafner, Witwe,

geb. Bäuerle,

nach längerem schweren Leiden im Alter von 63 Jah-  
ren gestern früh um 4 Uhr sanft in dem Herrn ent-  
schlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Der Schwiegersohn: **Georg Kestle, Bahnarbeiter,**  
und Frau Maria geb. Hafner,

die Söhne: **Johannes Hafner,**  
**Georg Hafner,**

die Töchter: **Katharine Hafner,**  
**Friedrike Hafner.**

Beerdigung: Sonntag nachm. 1/2 1 Uhr.

Ein wenig gebrauchten  
**1 1/2 Drehstrom-**  
**Motor samt**  
**Futterschneidmaschine**

verkauft oder veräußert gegen  
eine Handmaschine. Wer  
sagt die Verkaufsstelle ds. Bl.

**Gottesdienst-Ordnung.**

**Ev. Gottesdienst**  
Am 5. Sonntag. Dreieinig-  
keitfest: 4. Juli 6 1/4 Uhr Rin-

dermontagschule 1/2 10 Uhr  
Predigt (Schäfer). 1/2 12 Uhr  
Christenlehre (Töchter). 1/2 8  
Uhr abends Erbauungsstunde  
im Vereinshaus.

**Kathol. Gottesdienst**  
Sonntag 4. Juli, 9 Uhr,  
Gottesdienst 1/2 11. Andacht.  
Montag 5. Juli 1/2 10 U. Alten-  
steig.

**Ev. Gottesdienste**  
der Methodisten-Gemeinde.  
Sonntag vorm. 1/2 10 Uhr  
Predigt. Sonntagschule 1/2 11  
aus. Mittwoch abds. 8 1/4 U.  
Gebetsstunde.